

PIK

Termin April 2008

Ausgangstext „Einbahnstraße raus aus Österreich“.
Aus *derstandard.at*, 28.1.2008, 840 W.

Aufträge:

Textproduktion A-Sprache/Kultur (ca. 250 W.)

Eine international tätige Forschungsstelle zum Thema „Fremdenrecht und Integration“ recherchiert die Meinungen und Positionen von NGOs, die in den EU-Ländern tätig sind und sich für Integration engagieren. Basis der Untersuchung bilden neben Daten und Zahlen auch Interviews, Zeitungsberichte, Positionspapiere etc. Als MitarbeiterIn bei diesem internationalen Projekt liegt Ihnen dazu einer von vielen Texten, die für dieses Forschungsprojekt bearbeitet werden, vor, nämlich „Einbahnstraße raus aus Österreich“. Ihre Aufgabe ist es, den Text für diesen Zweck aufzubereiten. Ihre Auftraggeberin, die Projektleiterin, ist nicht mit der Situation in Österreich vertraut und möchte über die jeweilige NGO und die Ziele und Positionen dieser informiert werden.

Textproduktion B-Sprache/Kultur (ca. 250 W.)

Schreiben Sie auf der Basis der Informationen im folgenden Interview einen Bericht für die Zeitschrift „Regenbogen“. Diese mehrsprachige Zeitschrift erscheint einmal im Monat, Hauptzielgruppe sind AusländerInnen, die in Österreich leben, und ÖsterreicherInnen, die sich für Integrationspolitik interessieren. Ihr Text soll den Verein die Reaktion des Vereins „Ehe ohne Grenzen“ auf den Integrationsbericht des Innenministeriums wiedergeben. Beachten Sie die Textsortenkonventionen für Texte in den Printmedien.

Textproduktion C-Sprache/Kultur (ca. 250 W.)

Als MitarbeiterIn beim Verein „Ehe ohne Grenzen“ bekommen Sie den Auftrag, die Position des Vereins zum Integrationsbericht der österreichischen Regierung als Information für Interessierte aus Ihrer C-Kultur zusammenzufassen und die Forderungen des Vereins wiederzugeben. Ihr Text soll auf der (mehrsprachigen) Homepage des Vereins „Ehe ohne Grenzen“ in der Rubrik „Aktuelles“ erscheinen.

Einbahnstraße raus aus Österreich

Nach dem österreichischen Fremdenrecht aus dem Jahr 2006 begründet Ehe allein nicht mehr das Recht auf Aufenthalt in Österreich für AusländerInnen. Der Verein „Ehe ohne Grenzen“ kämpft gegen gesetzliche Bestimmungen, die ein gemeinsames Ehe- und Familienleben verhindern. Was bringt nun der gerade veröffentlichte Integrationsbericht des Innenministeriums binationalen Ehepaaren? „Wenig Hoffnung“, sagt Angela Magenheimer von „Ehe ohne Grenzen“ im Interview. [...] Die Fragen stellte Maria Sterkl.

derStandard.at: Der große Integrationsbericht, der vom Innenminister in Auftrag gegeben wurde, liegt nun vor. Von Ihnen hat man bisher nichts dazu gehört. Wie stehen Sie dazu?

Angela Magenheimer: Ich habe gerade einen Taxifahrer gefragt, ob er dem Innenminister etwas zum Integrationsbericht auszurichten hätte. Und der Mann, der aus Indien kommt, sagt:

Ich bin jetzt seit 20 Jahren Österreicher. Ich habe vier Kinder, die sind auch Österreicher. Ich arbeite seit zwanzig Jahren, ohne einen Tag arbeitslos gewesen zu sein. Nach der Scheidung von seiner Frau hat er sich bei einem Indien-Urlaub nun wieder in eine Frau verliebt. Sie darf aber nicht nach Österreich kommen, weil er zu wenig verdient. Und er sieht das nicht ein. Von wegen "Gemeinsam kommen wir zusammen" (so lautet der Titel des Integrationsberichts, Anm.d.Red.).

derStandard.at: Von anderen NGOs wurde der Bericht aber zumindest vorsichtig begrüßt.

Magenheimer: Es ist ja begrüßenswert, dass man sich über Integration den Kopf zu zerbrechen beginnt. [...] Aber das Fremdenrecht wurde außer Acht gelassen. Im Bericht wird zum Beispiel von Partizipation gesprochen. Aber es gibt Leute, die sich die Staatsbürgerschaft einfach nicht leisten können. Ohne Geld ist man von seinen Rechten ausgeschlossen.

[...]

derStandard.at: Was gefällt Ihnen am Bericht?

Magenheimer: Da steht, dass man MigrantInnen mit einbeziehen muss. Dass Integration keine Einbahnstraße ist, wie Minister Platter ständig betont. Aber die Beamten, die am Bericht mitgeschrieben haben, sind dieselben, die das geltende Niederlassungsrecht vollziehen. Und da ist Integration schon eine Einbahnstraße – und zwar aus Österreich raus.

derStandard.at: Im Bericht findet sich die Empfehlung, Zuwanderer stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ein Ansinnen, das Sie doch unterstützen müssten.

Magenheimer: Bei den Paaren, die sich in Österreich kennenlernen, ist häufig ein Partner Asylwerber. Und dass Asylwerber in den Arbeitsmarkt eingebunden werden, davon findet sich nichts im Bericht.

derStandard.at: "Ehe ohne Grenzen" vertritt binationale Ehepaare, die vergeblich auf die Niederlassungsbewilligung eines Ehepartners warten. Was fehlt den Betroffenen zur Aufenthaltsbewilligung?

Magenheimer: Eine Frau, mit der ich vor zwei Wochen telefoniert habe, war Reiseleiterin in Ägypten, wo sie einen Ägypter geheiratet hat. In den Flitterwochen wird sie schwanger. Sie kommt zurück nach Österreich, er stellt bei der österreichischen Botschaft einen Antrag auf Niederlassung. Ein halbes Jahr passiert gar nichts. Dann stellt sich heraus, dass sie die vorgeschriebene Einkommensgrenze nicht erreicht. Mit einem kleinen Kind kann sie nicht Reiseleiterin sein, also versucht sie, sich umschulen zu lassen. Sie hat aber auch niemanden, der auf das Kind aufpassen könnte. Der Karren ist verfahren. Sie wird vermutlich die nächsten Jahre in Ägypten leben müssen, weil sie in Österreich keine Chance haben. Ihr Mann ist Elektriker, würde in Österreich durchaus Arbeit finden, spricht auch brauchbar Deutsch. Aber sie können sich die Ehe nicht leisten. Man braucht 1120 Euro, plus 79 Euro für ein Kind, plus jenen Betrag, den die Miete mehr ausmacht als 239 Euro. Und das kann schon viel Geld sein.

derStandard.at: Die Einkommensgrenze gibt es unter anderem deswegen, weil befürchtet wird, dass die neu gegründeten Familien sonst auf staatliche Unterstützung angewiesen wären. Ist das nicht berechtigt?

Magenheimer: Ich bin mit vielen Paaren in Kontakt. Darunter gibt es keinen einzigen Zuwanderer, der sagt: ‚Hurra, ich komme nach Österreich, um hier Sozialhilfe zu beziehen.‘ Das sind Leute in den besten Jahren ihres Lebens, die sehr gerne arbeiten wollen, und die sogar - leider - Dequalifizierung in Kauf nehmen würden, um hier arbeiten zu können.

derStandard.at: Es gibt EhepartnerInnen, die zwar genug verdienen, aber dennoch keine Niederlassungsbewilligung haben, weil sie diese im Inland beantragt haben. Was hindert sie daran, den Antrag im Ausland zu stellen?

Magenheimer: Viele dieser Paare haben vor 2006 geheiratet. Damals war es noch möglich, gleich nach der Heirat legal hier zu arbeiten. Viele davon haben Kinder, zum Teil sind die Frauen in der Babypause. Würde der Mann ausreisen, könnte die Frau das nötige Einkommen nicht aufbringen. Und kein Chef gewährt Urlaub für eine Auslandsantragsstellung, weil das ein halbes Jahr oder ein Jahr dauern kann.

derStandard.at: Es wird aber auch argumentiert, dass ohne solche Hürden die Zahl der Scheinehen ansteigen würde.

Magenheimer: Die Zahl der Scheinehen bewegt sich im minimalen Prozentbereich. Alle, die ernsthaft Angst haben vor dem "Horrorszenario Scheinehen", können auf die gute Arbeit der Fremdenpolizei vertrauen, die sehr genau recherchiert und keine Frage auslöst - bis hin zum Geburtstag der Schwiegermutter und der Farbe der Unterwäsche, die der Gatte vorgestern trug. Rund siebzig Prozent der Paare, die zu uns kommen, haben Scheineheüberprüfungen hinter sich.

[...]

derStandard.at: Welche drei Punkte wollen Sie unbedingt im Maßnahmenplan des Innenministers sehen?

Magenheimer: Eine rechtliche Gleichstellung der binationalen Paare mit österreichischen Paaren. Das heißt: Die Auslandsantragsstellung muss weg, die Einkommensgrenze muss weg, es muss wieder ein Recht zu arbeiten direkt nach der Eheschließung geben.